



Dr. Reinhard Brandl
Mitglied des Deutschen Bundestages

Rede im Deutschen Bundestag
am 25. November 2014

**Wir haben viel für den Bereich Inneres erreicht – Rede zum Etat des
Bundesministeriums des Innern**

Frau Präsidentin!

Verehrte Kolleginnen und Kollegen!

Wir werden gleich im Anschluss an die Debatte über den Haushalt des Bundesinnenministeriums abstimmen. Dieser Haushalt wird in weiten Teilen durch zwei Aufgabenbereiche bestimmt: Sicherheit und Verwaltung. Es ist die Grunderwartung der Bürger an den Staat, dass er Sicherheit bietet und dass die Verwaltung funktioniert. So fallen diese Bereiche meistens erst auf, wenn etwas nicht funktioniert, wenn Sicherheit nicht gegeben ist oder es zu Problemen in der Verwaltung kommt. Verantwortungsbewusstes staatliches Handeln in diesen Bereichen heißt deshalb vor allem, Vorsorge zu treffen. Allerdings müssen wir feststellen, gerade in der jetzigen Zeit, dass nicht alles vorhersehbar ist. Gerade im Moment erleben wir, wie sich die Herausforderungen im Bereich der inneren Sicherheit, aber auch bei den Themen Migration und Integration in einer geradezu atemberaubenden Geschwindigkeit entwickeln. Wir haben deswegen in den Beratungen darauf reagiert und umfangreiche Veränderungen vorgenommen.

Bevor ich im Einzelnen darauf zu sprechen komme, möchte ich der ganzen Mannschaft und den Mitberichterstatern danken, mit denen das gemeinsam erreicht worden ist. Das ist in allererster Linie der Kollege von der Koalition, Martin Gerster von der SPD; aber das sind auch Frau Anja Hajduk von den Grünen und Herr Bartsch von den Linken. Das war eine sehr konstruktive Zusammenarbeit. Es gibt natürlich im Verhältnis zur Opposition unterschiedliche politische Schwerpunktsetzungen;

(Dr. André Hahn [DIE LINKE]: Schwarze Null!)

aber in den wesentlichen Fragen waren wir doch von einem Grundkonsens getragen. Wer die Rede von Herrn Bartsch gerade verfolgt hat, wird feststellen, dass sich dieser Grundkonsens auch in seinen Worten widerspiegelt hat.

Dazu beigetragen hat aber auch ganz wesentlich unser Bundesminister Dr. Thomas de Maizière. Er hat in seiner sehr seriösen Art und Weise, ohne Übertreibung und mediale Begleitmusik

(Dr. Konstantin von Notz [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da haben Sie andere Minister!
Das stimmt!)

die Anliegen seines Hauses dargestellt und über seinen Geschäftsbereich informiert. Jeder kann heute in der Debatte feststellen, dass sein Umgang mit dem Haushaltsausschuss der erfolgreiche Umgang mit dem Haushaltsausschuss war.

Ich möchte als Hauptberichterstatter auch den anderen Kollegen der Koalitionsfraktionen danken, namentlich Norbert Barthle, der den Bereich Sport für uns mitverantwortet, aber auch Johannes Kahrs. Wir haben viel für den Bereich Inneres erreicht. Wir haben die schwarze Null gehalten. Das heißt, für jedes Anliegen, das im Bereich Inneres erfüllt werden konnte, ist ein Anliegen aus einem anderen Geschäftsbereich nicht erfüllt worden. Dennoch haben wir darüber in unseren Arbeitsgruppen großen Konsens erreicht, und ich möchte allen Kolleginnen und Kollegen für deren Solidarität und Unterstützung danken.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD – Dr. Konstantin von Notz [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist ja wie bei der Bambi-Verleihung hier!)

Lieber Kollege von Notz, ich komme nun zu den Ergebnissen der Beratungen, die Sie bestimmt in weiten Teilen zustimmend zur Kenntnis nehmen werden.

(Dr. Konstantin von Notz [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es geht so!)

Ich habe am Anfang den Bereich der Migration erwähnt. Als die Regierung Anfang des Jahres mit der Haushaltsaufstellung begonnen hatte, lag die Zahl der Asylbewerber – das ist die Istzahl aus dem Jahr 2013 – bei 127 000.

Wir wissen heute, dass wir im Jahr 2014 an die 200 000 Asylbewerber haben werden, und wir wissen auch, dass sich dieser Trend in Zukunft eher verstärken wird, das heißt, dass wir in Zukunft mit noch mehr Asylbewerbern rechnen müssen. Wir haben darauf schon in den Haushaltsberatungen 2014 reagiert, indem wir dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 300 neue Stellen gegeben haben. Diese Stellen, die wir für 2014 bewilligt haben, sind bereits vollständig besetzt. Auch das ist eine besondere Leistung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

– Da kann man ruhig einmal klatschen. – Weil wir gemerkt haben, dass das noch nicht reicht, da der Trend anhält, haben wir für diesen Haushalt, Herr Bartsch, zusätzlich 300 Stellen bewilligt. Dazu kommen 50 Stellen, die die Regierung eh schon vorgesehen hat. Das heißt, wir haben allein in diesem Bereich 650 neue Stellen mit aufgebaut. Zusätzlich sind wir dem steigenden Bedarf nach Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer nachgekommen, einem Anliegen vieler Wohlfahrtsverbände, aber auch des Bundes der Vertriebenen. Wir haben den entsprechenden Ansatz um 8 Millionen Euro erhöht. Ich kann aus meinem Wahlkreis berichten, dass das wirklich ein Segen für die Menschen ist.

Meine Damen und Herren, die zweite schnell wachsende Herausforderung, der wir im Bereich der Innenpolitik gegenüberstehen, ist die Wahrung der inneren Sicherheit. Man muss sich nur einmal vor Augen führen, dass zu dem Zeitpunkt, als mit der Haushaltsaufstellung begonnen wurde, die Organisation „Islamischer Staat“ nur wenigen Spezialisten überhaupt ein Begriff war. Wir erleben heute, dass diese Organisation in einer noch nie dagewesenen Professionalität – mit Internetauftritten, sogar mit eigenen Zeitungen – junge Menschen, vornehmlich Männer, auch bei uns anspricht, versucht, sie zu radikalisieren und für den Dschihad zu gewinnen. Das ist nicht nur ein Problem im Irak und in Syrien. Sowohl die Rückkehrer als auch diejenigen, die zu Hause bleiben und sich hier im Stillen radikalisieren, stellen eine Bedrohung für die innere Sicherheit in Deutschland dar. Wir haben vorhin von Vorsorge gesprochen. Wir dürfen nicht so lange warten, bis etwas passiert. Wir haben deswegen in diesem Haushalt das Bundesamt für Verfassungsschutz, das für die Abwehr dieser Gefahren zuständig ist, verstärkt.

Ein weiterer Schwerpunkt der Veränderungen im Bereich der inneren Sicherheit lag auf der Bundespolizei. Die Bundespolizei ist mittlerweile an der Grenze ihrer Belastungsfähigkeit angekommen. Die Angehörigen der Bundespolizei müssen fast täglich ihren Kopf für uns hinhalten. Um das zu sehen, brauchen Sie nur die Medien zu verfolgen. Ich erinnere an die großen Aufmärsche von Hooligans und Extremisten in den letzten Wochen, die Zunahme der illegalen Migration, die Schleuserkriminalität, die regelmäßigen Gewaltexzesse bei Fußballspielen am Wochenende, den wachsenden Bedarf des Schutzes unserer Auslandsvertretungen in verschiedenen Krisengebieten, aber auch an den G-7-Gipfel im nächsten Jahr. Ich könnte diese Liste fortführen. Hinzu kommt mit der Bewachung der Goldreserven der Bundesbank eine weitere Aufgabe.

Damit die Bundespolizei in der Lage ist, all dies zu bewältigen, haben wir insgesamt 406 neue Stellen für Polizeivollzugsbeamte geschaffen und zusätzlich die Bundespolizei umfangreich mit Personal und Sachmitteln ausgerüstet. Wir haben dabei sehr bewusst einen Schwerpunkt auf den Bereich „Einsatz- und Schutzbekleidung“ gesetzt. Es ist angesichts der zunehmenden Gewalt gegen Polizisten einfach nicht hinnehmbar, dass immer noch über Mängel und Engpässe bei der Körperschutzausstattung geklagt wird. Deswegen haben wir darauf in den Haushaltsberatungen sehr bewusst einen Akzent gesetzt. Dazu kommen insgesamt 356 Stellenhebungen in den verschiedenen Laufbahngruppen, die die höheren Anforderungen widerspiegeln und auch den Dienst bei der Bundespolizei attraktiver machen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, am besten wäre es doch, wenn es gar nicht so weit käme, dass Fanatiker oder Extremisten auf unsere Polizisten einprügeln. Auch hier gilt der Gedanke der Vorsorge. Wir haben deswegen den Bereich der politischen Bildung mit einem Schwerpunkt auf die Bekämpfung von politischem und religiösem Extremismus sowie Radikalisierung verstärkt.

(Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nachdem Sie es im Innenausschuss noch abgelehnt hatten!)

Ein weiteres Aufgabenfeld des Bundesinnenministeriums ist der Zivilschutz, also der Schutz der Bevölkerung im Verteidigungsfall. Das wird seit dem Ende des Kalten Krieges oft als unwahrscheinliches Szenario abgetan. Beim Thema Verteidigungsfall denkt man auch immer zuerst an die Bundeswehr. Ich halte das für eine Fehleinschätzung. Sollte heute in Deutschland tatsächlich ein Terrorangriff stattfinden, dann würden die Menschen in allererster Linie durch die zivilen Katastrophenschutzorganisationen geschützt werden. Der Bund unterstützt die Feuerwehren und Rettungsorganisationen der Länder durch die Finanzierung von zusätzlichen Fahrzeugen und Gerätschaften genau für diesen Fall. Wir stehen zu dieser Aufgabe und haben den Ansatz bei diesem Titel deswegen angehoben.

Meine Damen und Herren, wenn wir diese Verantwortung ernst nehmen – und wir wollen sie ernst nehmen, um einen wirksamen Schutz für die Bevölkerung zu gewährleisten –, dann kann es nicht sein, dass die Länder das Geld und die Fahrzeuge zwar dankend annehmen, aber der Bund nicht überprüfen kann, wie diese Aufgabe wahrgenommen wird, sprich: wie der Katastrophen- und damit der Zivilschutz vor Ort aufgestellt ist. Das geht ja so weit, dass überörtliche Einsätze und Übungen mit diesem Gerät kaum stattfinden. Selbst Feuerwehren vor Ort, deren Fahrzeug vom Bund finanziert worden ist, wissen zum

Teil gar nicht, dass sie damit einen Bundesauftrag ausführen. Meine Damen und Herren, ich begrüße daher sehr, dass Bundesinnenminister de Maizière eine Staatssekretärsrunde einberufen hat, um mit den Ländern über die Neuorganisation dieses ergänzenden Katastrophenschutzes zu sprechen.

Der Zivilschutz war übrigens der Grund für die Gründung des Technischen Hilfswerks. Heute sind dort über 80 000 ehrenamtliche Helfer im Einsatz, die hervorragende Arbeit im In- und Ausland leisten. Um dieses hohe ehrenamtliche Engagement aufrechtzuerhalten, ist neben einer guten Ausrüstung und Ausbildung auch eine gute Unterbringung der Ortsverbände notwendig.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wir haben im Haushalt 2014 einen Schwerpunkt auf die Fahrzeugbeschaffung und die Führerscheinausbildung gesetzt. Wir setzen jetzt im Haushalt 2015 einen Schwerpunkt auf die Liegenschaften und beschließen heute ein mehrjähriges Sonderprogramm „Liegenschaften für das Technische Hilfswerk“. Das THW erhält dazu in 2015 zusätzlich 4 Millionen Euro. Darüber hinaus gibt es bis 2018 Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von weiteren 23 Millionen Euro. Damit soll der aufgelaufene Bedarf an Neubauten bzw. an dringend notwendiger Renovierung abgearbeitet werden und sollen die Ortsverbände besser untergebracht werden. Das ist eine besondere Wertschätzung, die wir damit dem THW entgegenbringen. Das THW liegt gerade uns Abgeordneten im Deutschen Bundestag sehr am Herzen. Das wollen wir damit auch zum Ausdruck bringen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Dr. Dietmar Bartsch [DIE LINKE])

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, mit diesem Haushalt geben wir auch den Startschuss für das Projekt „Netze des Bundes“; Kollege Bartsch hat es angesprochen. Mit dem Projekt sollen die unterschiedlichen Weitverkehrsnetze der Verwaltung zusammengefasst werden. Die IT-Sicherheit wird dadurch deutlich erhöht. Der Bürger hat erst einmal nichts davon, wenn die Regierung plötzlich über verschlüsselte Leitungen kommuniziert. Aber die NSA-Affäre hat uns gezeigt, dass, wenn sie es nicht tut, eine deutliche Einschränkung der Souveränität unseres Landes damit einhergeht. Es ist ein Projekt, das uns über Legislaturperioden hinweg begleiten wird. Ich freue mich deswegen besonders darüber, dass der Antrag für dieses Projekt vom Haushaltsausschuss einstimmig beschlossen worden ist – und das, obwohl es bei einem solchen Vorhaben wie bei jedem großen IT-

Projekt auch Risiken gibt. Das ist Ausdruck einer gemeinsamen Verantwortung für unser Land. In diesem Sinne bedanke ich mich bei Ihnen für die gute Zusammenarbeit bei den Haushaltsberatungen.

Den Zuhörerinnen und Zuhörern sage ich: Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)